

Steinheimer Zeitung

Bote für das Emmerthal Amtliches Verordnungsblatt

Bezugspreis: Vierteljährlich: ohne Beilage 6.00 Mark mit der Beilage „Christliche Familie“ 6.50 Mark frei ins Haus gebracht. — Die „Steinheimer Zeitung“ erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend für die Zeitungen bezugsfähig: Carl Simonowitsch, Steinheim.



Anzeigenpreis: Die einmalige Grundzeile (Zeile 46 mm breit) oder deren Raum 80 Hg., die Reklamezeile (Zeile 90 mm breit) oder deren Raum 2 Mark. Sämtliche Anzeigen sind nach Steinheim i. Westf. zu senden. Druck und Verlag: Carl Simonowitsch, Steinheim i. Westf.

Nr. 87.

Steinheim, Dienstag, den 23. August 1921.

28. Jahrgang.

Völkerbund und Oberschlesien.

Spanien als Berichtshalter im Völkerbundsrat.

Der Präsident des Völkerbundsrates, Graf Schitt, hat den spanischen Vertreter Quinones de Leon aufgefordert, einen objektiven Tatsachenbericht zur Information der Mitglieder des Rates über die Schwierigkeiten, die die Grenzziehung in Oberschlesien bildet, in der außerordentlichen Sitzung am 23. August in Genf vorzulegen. Gleichzeitig mit der Erstattung dieses Berichts wird der Bericht gedruckt an die Mitglieder des Rates verteilt.

Der spanische Botschafter Quinones ist ein persönlicher Freund des spanischen Königs. Er hat seine Karriere in Paris gemacht und gilt als außerordentlich französischfreundlich. Die französische Presse besitzt sich, Spanien durch Höflichkeitssphären günstig zu stimmen. Die beabsichtigte (1) Spanien dazu, daß es Gelegenheit habe, eine so wichtige Rolle in einer bedeutenden historischen Frage zu spielen, die gegenwärtig Europa beschäftigt. Spanien könne ebenfalls dazu beitragen, die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen und den Friedensvertrag zu festigen.

Im übrigen macht sich, je näher der Tag des Zusammentritts des Völkerbundsrates rückt, ungewissenhaft eine gewisse Nervosität bemerkbar. Man ist weit davon entfernt, den Worten Briand's: „Zeit heißt es zu schweigen!“ Folge zu leisten, sondern bemüht sich, alles Mäkelraten bezüglich dessen, was eigentlich werden wird, fallen zu lassen und gewisse französische Wünsche in den Vordergrund zu ziehen. So spielt die Einkünftefrage, mit der angeblich die Beschlüsse gefaßt werden müßten, eine besonders hervorragende Rolle bei allen Erörterungen. Auch wenn man sich ziemlich einmütig gegen die Möglichkeit, daß der Rat die oberschlesische Frage einem juristischen Ausschuss oder einem einzelnen Schiedsrichter überweisen könnte.

Die Truppenverstärkungen für Oberschlesien.

Nach Pariser Pressenmeldungen scheinen sich die alliierten Regierungen über den Umfang der nach Oberschlesien zu entsendenden Verstärkungen geeinigt zu haben. England werde zwei Bataillone, Italien gleichfalls zwei Bataillone und Frankreich eine Brigade entsenden. Es bleibe somit nur noch das Datum des Abtransportes der Truppen festzusetzen.

Die neuen Steuern.

Nachdem das neue Steuerprogramm der Reichsregierung im Laufe der letzten Wochen in seinen Grundzügen bekannt geworden ist, werden jetzt die wichtigsten Einzelheiten der Öffentlichkeit zur Kritik übergeben. Das bisher fertig gestellte Steuerbuletten zerfällt in vier Gruppen. Da ist zunächst einmal eine Reihe von Böllen und Verbrauchssteuern, bei denen die alten Sätze eine wesentliche Erhöhung erfahren. Die zweite Gruppe umfaßt die sogenannten Verkehrssteuern, die ebenfalls stark erhöht werden. Dem schließt sich an der Gesamtwert über die Umgestaltung der Umsatzsteuer. Die wichtigste Gruppe bildet der letzte Teil der Buletten, die Besitzsteuer, deren Kernstück der Entwurf des neuen Vermögenssteuergesetzes ist.

Die Vermögenssteuer.

Bei der Vermögenssteuer handelt es sich nicht, wie beim Einkommensteuergesetz, um eine Fortsetzung der neuen Gesetzentwürfe, sondern um eine einmalige Abgabe, die sich auf den Besitz der Vermögensgegenstände bezieht. An Stelle des nicht beschleunigt zu entscheidenden Teiles des Einkommensteuergesetzes soll vom 1. April 1923 an eine jährliche, von drei zu drei Jahren zu veranlassende Vermögenssteuer erhoben werden, die für die ersten fünfzehn Jahre mit erhöhten Sätzen ausgestattet ist. Für die Vermögensberechnung gilt bekanntlich der gemeine Wert; die Bewertungsgrundsätze soll der Reichsfinanzminister nach Anhörung der berufenen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Gewinne und Umsätze festlegen.nehmer aus Industrie, Handel, Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft, sowie der berufenen Vertreter des Grundbesitzes, unter Berücksichtigung des Wertverlustes der Vermögensgegenstände bis zu 50.000 Mark sind steuerfrei. Die Steuer beträgt nach dem Entwurf für die natürlichen Personen jährlich von den ersten angefangenen oder vollen 50.000 Mark des der Steuer unterliegenden Vermögens einhalb vom Tausend und steigt bis zu 10 v. H. für Beträge über 10 Millionen Mark.

Mit der Veranlassung in Zeitabständen von höchstens drei zu drei Jahren soll, wie es in der umfangreichen Begründung heißt, den Wertsteigerungen und Wertminderungen Rechnung getragen werden. Die Vermögenssubstantz kann nach Ansicht des Reichsfinanzministers nicht unberührt bleiben. Der Entwurf sieht daher für die Dauer von 15 Jahren einen Zuschlag zur Vermögenssteuer vor, der für physische Personen 300 v. H., für juristische Personen 150 v. H. der Vermögenssteuer beträgt. Jede Veranlassung des wachsenden Vermögens soll beseitigt werden. Dadurch mehrt sich der Druck für das Be-

triebs- und Grundvermögen. Der Entwurf vermeidet aber, indem er den Zugriff als Vermögenssteuer ausgestaltet und die Leistungen an das Reich in Geld absetzbar macht, jeden unmittelbaren Zwang zu unwirtschaftlicher Abgabe von Teilen der Substanz. Er überläßt es der eigenen wirtschaftlichen Entscheidung, in welcher Weise der Steuerpflichtige die regelmäßig nicht aus seinen Einkünften tragbare Steuerlast abdecken will. Damit bleibt der Weg offen, unter außerordentlichen Belastung der Anlagewerte die Leistungen aufzubringen, die darin liegende Mehrbelastung des Gesamtbetriebes aber im weiteren Verlaufe der Wirtschaftsführung auszugleichen.

Nach dem Vermögenssteuergesetz ist ein Vermögenszuwachssteuergesetz vorgesehen. Die Steuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 100.000 Mark des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 1 v. H. und steigt bis zu 10 v. H. bei Beträgen über 1 Million. Diesen beiden Gesetzentwürfen gliedert sich als drittes an eine Abgabe vom Vermögenszuwachs aus der Nachkriegszeit. Sie beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 100.000 Mark des abgabepflichtigen Vermögenszuwachses 5 v. H. und steigt bis zu 30 v. H. für Beträge über 1 Million Mark.

Endlich befindet sich unter den neuen Besitzsteuern eine Veränderung des Körperschaftsteuergesetzes vom 20. März 1920. Der Entwurf sieht bei den Erwerbsgesellschaften eine Steuer von 30 v. H. des steuerbaren Einkommens, bei den übrigen Steuerpflichtigen 10 v. H. des steuerbaren Einkommens vor.

Die neuen Besitzsteuern bedeuten zweifellos eine ungeheure Belastung des Besitzes. Die Regierung glaubte jedoch, die Steuerquellen des Vermögenssteuergesetzes bis auf den Rest ausschöpfen zu müssen, da die ausgleichende Gerechtigkeit es fordere, die nicht minder schwere Belastung durch Verbrauchssteuern mit einer entsprechenden Besteuerung des Besitzes auszugleichen. Ob die Entwürfe in der vorliegenden Fassung Gesetz werden, ist höchst fraglich. Nach den ersten Ankündigungen der Regierung hat bekanntlich eine überaus scharfe Kritik von allen Seiten eingesetzt. Es ist daher anzunehmen, daß die Steuerentwürfe nach dem Reichstag, der sich nach seinem Zusammenritt mit den Entwürfen zu beschäftigen haben wird, zu erbitterten Kämpfen führen werden.

Belastungen des Verbrauchs.

Wie bekannt, hatte Lloyd George seinerzeit in London dem damaligen Außenminister Simons gegenüber beantragt, daß eine Reihe von Genussmitteln und Verbrauchsgüter in Deutschland steuerlich weniger belastet wären als in den Ländern der Entente. Obwohl es geradezu ein Ding der Unmöglichkeit ist, Deutschland bei ganz anderen Lohn- und Wirtschaftsbedingungen, insbesondere bei dem erschreckend niedrigen Stand der Mark, in der Frage der Steuererhebung überhaupt mit den Entente-Ländern zu vergleichen, glaubte die Reichsregierung eine Erhöhung der indirekten Steuern nicht umgehen zu können. Nach ihrer Meinung muß jeder Schaden vermieden werden, als ob wir den Reparationsforderungen der Alliierten nicht gerecht werden wollten.

Das neue Steuerbuletten bringt daher eine ziemlich empfindliche Erhöhung der Verbrauchssteuern, die sich als eine ungeheure Belastung der breiten Bevölkerungsmassen darstellt. Die Leuchtmittelesteuer, d. h. die Steuer auf elektrische Glühlampen, Gasglühlampen, Bogenlampen usw., wird auf vierfache erhöht, auf Doppelte die Zündwarensteuer und die Mineralwassersteuer. Die Biersteuer wird vervierfacht. Die Tabaksteuern erfahren dadurch eine Erhöhung, daß zunächst alle bisher zugelassenen Erntestückungen der Tabaksteuer in Wegfall kommen, dann aber sollen die obersten Steuerklassen für feingehackten Rauchtabak, Pfeifentabak, Rau- und Schnupftabak umgewandelt, bzw. neue höhere Steuerklassen hinzugefügt werden.

Erhöhte Zölle sind vorgesehen für Nüssen, Datteln, Traubenrosinen, Kaffee (Steigerung beim Rohkaffee von 180 auf 200 Mark, bei geröstetem Kaffee von 175 auf 300 Mark), Kakaobohnen (Verdoppelung), Kakaoalkalen, Kakaoöl, Kakaoölpulver, Kakaoölbuter, Schokolade und Schokoladeersatzmittel, Tee (bisher 220, künftig 350 Mark) und eine Anzahl Gemüze.

Besser ist für eine lange Liste zollpflichtiger Waren eine Verdoppelung der bestehenden Zölle in Aussicht genommen. Die Liste enthält neben ausgetrockneten Luxuskütern (Kaviar, Austern, Parfums, Ruber, Schinken, Olivenöl, Schokolade, Perlmuttwaren, Edelsteine, Halbedelsteine, Meeresschäume, Bernsteinwaren, Juwelen, Luxusfahrzeugen usw.) auch eine Anzahl Gebrauchswaren, so insbesondere Produkte der Textilindustrie.

Die Kohlensteuer soll auf 30 vom Hundert erhöht werden, wobei mit Rücksicht auf die ungünstige Baluta- und Preisentwicklung der Reichsfinanzminister ermächtigt wird, mit Zustimmung des Reichskohlenrats und des Reichsrates eine Ermäßigung auf 25 vom Hundert anzuordnen.

Neben den genannten indirekten Steuern bedeu-

auf 3 Prozent letzten Endes eine erdrückende Belastung des Verbrauchs. Der Außenhandel wird in größerem Maße als bisher zur Umsatzsteuer herangezogen. Die Steuerfreiheit des ersten Umsatzes nach der Einfuhr fällt weg. Die Umsatzsteuer erhöht sich für Gast- und Schankwirtschaften aller Art beträchtlich. Die Hotels, Restaurants usw. werden in zwei Gruppen eingeteilt und die sogenannten Luxuswirtschaften mit einer erhöhten Umsatzsteuer von 16 Prozent, die übrigen mit 5 Prozent belastet. Diese Erhöhung der Umsatzsteuer ist eine indirekte Steuer für diejenigen, die auf die Einnahme von Mahlzeiten außerhalb ihres Haushalts angewiesen sind.

Politische Rundschau.

— Berlin, 18. August 1921.

— Der Kaffee-Eisenbahnerstreik ist nach kurzen Verhandlungen beigelegt worden.

— Die Kommunisten erlitten bei den Delegiertenwahlen zur Hamburger Werftarbeiterkonferenz eine empfindliche Niederlage. Sie können infolge der wenigen Stimmen keine Delegierten entsenden.

— Mit dem 2. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der in den Tagen vom 11. bis 15. September in Stuttgart stattfinden soll, wird eine Reformationsgedenksfeier der deutschen Kirchen verbunden werden, die bekanntlich im Jahre 1917 des Krieges wegen verschoben werden mußte.

Die Leistungen der Technischen Nothilfe. Die Technische Nothilfe hat zurzeit allerorts im Reich im verstärkten Maße zur Beseitigung notwendiger Erhaltungsarbeiten in Tätigkeit treten müssen. So sind allein im Streik der Bremer Staatsarbeiter 450 Nothelfer eingesetzt, die den Betrieb des Gas- und Elektrizitätsnetzes aufrechterhalten, die dringenden Arbeiten auf den Friedhöfen, bei der Müllabfuhr, im Hafen- und Schlachthofbetriebe und zur Wartung des städtischen Milchviehs verrichten. Im Kasseler Eisenbahnerstreik wurde die Technische Nothilfe am 15. ds. Mts. in Kassel selbst mit 200 Nothelfern, in Marburg und in Treysa mit je 20 Nothelfern eingesetzt. In Braunsberg war die Technische Nothilfe am 9. ds. im Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerk eingesetzt, da die Nothelferarbeiten von den streikenden städtischen Arbeitern verweigert wurden. — In Landsberg a. d. Warthe führt sie während des dortigen Metallarbeiterstreiks den Betrieb des Elektrizitätsnetzes weiter. In Straßburg sind Nothelfer damit beschäftigt, während des dortigen Transportarbeiterstreiks die Güterabfertigung von lebendem Vieh und von Obst und die Aus- und Umladung notwendiger Lebensmittel vorzunehmen. — Zur Bekämpfung zahlreicher Wald-, Heide- und Moorbrände in den verschiedensten Teilen des Reiches mußte die Technische Nothilfe im Laufe dieses Monats zur Unterstützung der Feuerwehren ebenfalls in namhafter Anzahl aufgeboten werden.

Landwirtschaft und Steuerpläne. Der Reichslandbund hat in einer Entschlieung zu den neuen Steuerplänen der Reichsregierung Stellung genommen. In der Erklärung wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß „jeder Versuch, einen in der Landwirtschaft nicht mehr vorhandenen Goldwert zur Grundlage von Steuerberechnungen zu machen, unbedingt abzulehnen ist“. Der unverhüllte Sozialisierungsversuch, die sog. „Erfassung der Goldwerte“ im Wege der Eintragung einer Zwangsgrundschuld zugunsten des Reiches könne überhaupt nicht ernsthaft zur Erörterung gestellt werden, da nur die sofortige Veräußerung dieser Besitztümer an das Ausland dem Reiche flüssige Geldmittel verschaffen könnte. Ebenso sei der verschleierte Versuch, statt des Begriffes „Goldwert“ den Begriff eines lediglichen der Geldentwertung angepaßten „Sachwertes“ einzusetzen, abzulehnen. Die deutsche Landwirtschaft ist, so heißt es in der Entschlieung, selbstverständlich bereit, ihren Teil an der neuen Gesamtbelastung unseres Volkes in vollem Maße zu tragen. Das kann aber nur im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Ertragsfähigkeit geschehen. Wird die Substanz des Betriebsvermögens immer weiter vermindert, so leidet schließlich darunter nicht nur die Landwirtschaft, sondern die gesamte Wirtschaft des deutschen Volkes und aller seiner Erwerbsstände.

Steuerungen im ehemaligen Westpreußen.

— Posen, 21. August. Die ständig zunehmende Lebensmittelteuerung in Polen, die eine fortgesetzte Kette umfangreicher Streikbewegungen auslöst, hat im ehemals preussischen Gebietsteil wiederum zu blutigen Ereignissen geführt. Die Erregung der Arbeiterschaft ist daher im früheren Westpreußen und Posen ganz besonders stark und macht sich in gewaltigen Demonstrationen Luft. Im ehemals westpreussischen Kulm verhinderten die Eisenbahnarbeiter gewaltig den Abtransport von Getreidewaggons nach Kongresspolen. Hiersehn Leute wurden verhaftet, und als die Eisenbahner ihre Kollegen zu befreien versuchten, gab die Polizei auf die Andringenden eine Salve ab. Es gab Tote und Schwerverletzte.

Austritt Frankreichs aus dem Völkerbund?

— Paris, 21. August. Die „Echo de Paris“ veröffentlicht, werde der Völkerbundsrat ein „schießendes Urteil“ abgeben. Frankreich habe sich moralisch verpflichtet, es anzunehmen. Es sei indessen

selbstverständlich, daß Frankreich, wenn das Gutachten gegen die Landesinteressen des Landes verstoße, die Möglichkeit habe, seine Durchführung zu verhindern, indem es etwa aus dem Böhmerbunde austrete, wie es im vorigen Jahre die argentinische Republik gemacht habe.

Englische Befürchtungen.

— London, 21. August. In Londoner politischen Kreisen rechnet man damit, daß die Tagung des Böhmerbundes gleich am Anfang zu einem Scheitern der Verhandlungen führt. In diesem Falle wird der Böhmerbund an die Böhmerbundesversammlung appellieren, in der Großbritannien durch die Unterstützung der Dominions, die daselbst gleichfalls vertreten sind, eine sehr starke Position haben wird. Immerhin würde dies eine weitere Verzögerung der Entscheidung bedeuten, was den Franzosen ganz willkommen sein dürfte.

General Henniker nach London berufen.

— Dypeln, 21. August. Der Befehlshaber der englischen Truppen in Oberschlesien, General Henniker, ist von der englischen Regierung telegraphisch zur Berichterstattung nach London berufen worden. Mit einem Wechsel im englischen Oberkommando ist nicht zu rechnen.

Besuch des Prinzen von Wales in Japan?

— London, 21. August. Man erwartet, daß der Prinz von Wales die Einladung des japanischen Kaisers, Japan einen Besuch abzustatten, annehmen wird.

Berlin, wie es ist und wurde.

IV.

Leben und Sitten im Berlin des 18. Jahrhunderts.

Der sittenreine „Soldatenkönig“ hielt in seiner Residenz streng auf Zucht und Ordnung. Wie das Militär und die Beamten, so mußten auch die Bürger Berlins „Ordre parieren“. Ganz und gar konnte er freilich die „Lieberlichkeit“ in der größer werdenden Stadt nicht verhindern. Jedenfalls verbarg sich unter seiner Regierung das Laster nach Möglichkeit. Unter dem großen Friedrich, den auch seine Kriege und seine Reigung vielfach aus Berlin fernhielten, wagte es sich öffentlicher hervor. Auch gewisse Laster, die man erst moderneren Zeiten zuschreibt, waren damals schon im Schwange. Die „gute, alte Zeit“ war also auch in dieser Beziehung durchaus keine bessere Zeit, und man kann mit dem französischen Sprichwort sagen: „Je mehr das wechselt, desto mehr bleibt es daselbe.“ Nur wagt sich das alles jetzt mehr in die Öffentlichkeit als früher; und man spricht und schreibt mehr darüber.

Auch mit den Diensthöfen war es in mancher Beziehung nicht besser bestellt als heutzutage. Höchstens auf dem Lande, wo die Erbuntertänigkeit Bauern und Gesinde z. B. streng an die Scholle fesselte. Trotzdem man Hausdiebe in schweren Fällen damals hängte — auf der Straße, vor dem Orte ihrer Tat — wurde über Diebstahl gellacht. Die Gesindeordnung gab den Diensthöfen wenig Rechte, schränkte aber auch die Herrschaft in manchen Dingen ein. Sie drohte mit dem Zuchthaus, dem Spinn- und Arbeitshaus, mit der „Karre“ (Gefängnisbanden), der Verweisung aus Stadt und Land.

Der Diensthof hatte zunächst von den Eltern oder der „Oberricht“ einen Schein beizubringen, daß er den Dienst antreten dürfe, denn er war — ob männlich oder weiblich — ein „Untertan“ der adeligen Gutsherrschaft, mußte daher auch zuerst der Guts- oder Gerichtsherrschaft seine Dienste anbieten. Hatte der Diensthof schon bei „fremder“ Herrschaft gedient,

so mußte er seinen Entlassungsschein „produzieren“, auf den er einen Anspruch hatte, wenn er die ausbedungene Zeit, meist ein Jahr, abgedient und sich nicht auf ein weiteres Jahr vermindern wollte. Die Herrschaft, die ohne solchen Schein mietete, versiel in eine Geldstrafe, die mit „20 Thaler“ begann und sich in Wiederholungsfällen bis zu 100 Dukaten steigerte. Aus Vorsicht zahlte man den Lohn nur teilweise aus und gab den Rest erst bei der Entlassung. Die Löhne waren amtlich vorgeschrieben. Ein Kutscher erhielt für das Dienstjahr außer der vollen „Librey“ 12–14 Thaler, ein „Laquay“ 10–12 Thaler, die Köchin 8–12 Thaler, die ganz perfekten 14–18 Thaler, eine Magd, „die zum nähen, waschen oder anderer Hausarbeit gebraucht wird“, 8–9, ein „Gammer-Mädchen“ 12–16 und eine Amme 12–14 Thaler, und wenn sie „ein lebendiges Kind“ hat, 16 bis 20 Thaler. Weihnachtsgeld und Neujahrsbesuche durften nicht mehr als 1–2 Thaler betragen.

Nach drei Jahren treuer Dienstzeit konnte jedoch die Herrschaft den Lohn und die Geschenke beliebig erhöhen, so daß es der Vorteil der Diensthöfen war, möglichst lange zu bleiben.

Aber schon damals gab es Klagen von Seiten der Herrschaft und der Diensthöfen, und letztere — alles schon dagewesen — kamen bei den Gesindevermietern zusammen und verabredeten, „wie sie denen Herrschaften begegnen und sich in ihren Diensten verhalten wollten.“ Man verhaftete aber damals — wenn man sie entdeckte — die Betreffenden und steckte sie auf einige Wochen ins „Arbeitshaus“. Tat das Gesinde nicht gut, so sollte „Arbeit und geringer Lohn“ den Uebermut dämpfen. Das ist heute freilich nicht mehr möglich — ebensowenig, wie man heute „längere Zeit arbeitsloses Gesinde“ per Schub aus Berlin fort-schaffen kann. Alle 14 Tage nach den Quartaltreffen ging die Polizei von Haus zu Haus, um „die Stadt zu säubern“. Die Gesinde, „Mädchen“ hießen, ganz wie heute, die Diensthöfen zum Stellungswechsel auf, um an den Gehältern zu verdienen. Die Mägde steckten ihnen heimlich Lebensmittel, Wein und Bier zu, um einen guten Dienst zu erhalten. Tout comme chez nous — nur, daß es die heutigen „Hausange-stellten“ bei „Portiers“ tun. Ganz wie heute wurde auch damals schon über Fugigkeit, Faulheit, Unsauber-keit, Widerrede und Drog, über zerbrochenes Porzellan und Geschirr und über Bosheit und Mißachtung der Mägde gellacht. Auch gab es damals schon Schmutz-Groschen, die man „Schwänzelgroschen“ nannte. In „Fuz und Staat“ gaben die Mägde sie wieder aus. Trotz dem „Halskett“, der „spanischen Fiedel“, die der Angetreuen drohte, trotzdem man „denen Mägden solche feidene Kleidung öffentlich auf den Straßen abnehmen sollte“. Diensthöfen im Hause zu halten, genügt eben auch die strengsten Ge- und Verbote nicht. Lakaien und Kutscher kamen nachts an „Saus-Portern“ heimlich zusammen, um „zu laufen und zu spielen“. Besonders die Lakaien und „Käuffer“ ent-liefen ihren Herren zuweilen, trotzdem gerade diese gut behandelt wurden und sich oft besser standen als die „Informanten“. Darüber noch ein Weiteres.

Robert Misch.

Soziales.

Die Forderungen der Staatsangehörigen. Die dem Sta-Bund angeschlossenen Organisationen, Bund der technischen Angestellten und Beamten, Zentralverband der Angestellten, Deutscher Werkmeister-Verband und Allgemeiner Verband der deutschen Bankange-stellten haben den Regierungen des Reichs und Preu-ßens folgende Forderungen unterbreitet: 1. Für alle Angestellten einschließlich der Jugendlichen und der

Leitenden in den ersten fünf Vergütungsstufen, Ver-ehrung eines gleichen laufenden Feuerungs- schlagens von 5000 Mark jährlich. 2. Gleich-zeitige Festsetzung des allgemeinen Feuerungs- schlages auf 70 v. H. und des Feuerungs- schlages zu den Kinderzuschlägen auf 200 v. H. in zum Teil noch immer rückständigen Bezüge. 3. Sofortige Auszahlung der neuen Gehaltszüge mit dem 1. Juli 1921 in mit den vertragsschließenden Organisationen abge- wandlung des Feuerungs- und Zuschlages von 5000 Mark in Grundgehalt.

Aus Stadt und Land.

„Drei Wochen Völschkeiten für einen Brand.“ Die große Hitze hat im südlichen Teile der Mark Brandenburg in der Niederlausitz einen umfangreichen Brand- und Moorbrand verursacht. Ende Juli brach in der Nähe der Dörfchen Bismarcksdorf ein riesiger Brand- und Moorbrand aus, das rasch um sich griff. Die Völschkeiten, die infolge Fehlens an Arbeitskräften sehr erschwert waren, dauerten nahezu drei Wochen. Noch heute schwebt das Moor. Der Brand-Morgen, die einem Schlachtfeld ähneln. Guckhock liegt die Asche. An einzelnen Stellen sinkt man bis zu den Knieen in die überreste verkohlter Baumstämme. Auch große Mengen Wild haben bei diesem Feuer ihr Leben eingebüßt. Die Sicherungs- und Völschkeiten haben sich bis jetzt hingezogen. Nunmehr ist die Gefahr völlig beseitigt.

„Die Taschenuhr als Brandstifter.“ In Potsdam entstand bei der letzten großen Hitze ein Brand, der durch eine Taschenuhr verursacht worden ist. Die Uhr hing an einem Bettposten. Das Uhrglas war in der Sonne wie ein Brennglas und setzte ein Stößen in Brand. Der durch das Feuer angerichtete Schaden ist beträchtlich.

„Ich bin der Dieb.“ Ein jugendlicher Bergmann in Hamn, der auf der Bege „Sachsen“ eine Taschenuhr gestohlen hatte, mußte eine wirksame Strafe über sich ergehen lassen. Es wurde ihm ein Plakat umgehängt mit der Aufschrift: „Ich bin der Dieb, der meinen Kameraden die zwei Uhren gestohlen hat.“ Dann stellte man ihn auf einen auf dem Boden befindlichen Stuhl, wo er so lange stehen bleiben mußte, bis während des Schichtwechsels die ganze Belegschaft an ihm vorbeigegangen war.

„Ein frecher Raubüberfall wurde in dem bei Berlin gelegenen Grünwald verübt. Dort wurden zwei Damen in der Nähe einer Fäbrikerie von einem Manne überfallen. Durch einen vorgehaltenen Revolver verurteilte der Räuber die Damen in großen Schrecken. Er entriß den Geängstigten eine hand- rasche, in der sich 1300 Kronen, etwa 60 Mark dem- schiedes Geld und ein für die Betreffenden wertvolles Schmuckstück befand. Die Spandauer Kriminalpolizei hat die Nachforschung nach dem Täter aufgenommen.“

„Die eigene Frau erwürgt.“ Auf der Polizei in Meissen stellte sich der Arbeiter E. Schwarz mit dem Eingekerkerten, daß er seine Ehefrau, mit der er erst ein Jahr verheiratet war und in unglücklicher Ehe lebte, erwürgt habe, weil er von ihr der Un- treue beschuldigt worden sei. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Sch. die Tat unter dem Einfluß einer Geistes- schütterung vollbracht hat, die er bei einem Verkehrsunfall erlitten hatte.

An dem Arbeiter be- wehren ist ruhiger Arbeitgeber in nicht erfüllten, der übrigen in den Städten in verschiedenen der Metallindu- strie nur um einen p

(-) Schicksalslauf.

Roman von Joseph Wurm.

Aber so verändert die Ernestine da vor ihm war gegenüber der süßen kleinen Lini von vor über vier Jahren, aus ihren treuen Augen leuchtete ihm doch eine warme und herzliche Freundlichkeit, eine aufrichtige Teilnahme entgegen.

Darin hatte sie sich nicht geändert. Und als sie ihn jetzt fast fassungslos vor sich stehen sah, glitt ein leises Lächeln über ihr erst geübtes Gesicht.

„Es kommt Ihnen überraschend vor, mich plötzlich hier zu sehen, Herr von Brandhaus“, fuhr sie fort. „Aber ich habe Sie schon öfter in Karlsburg getroffen, nur waren Sie so beschäftigt, daß Sie mich gar nicht beachtet haben. Ich hoffe, wir werden uns nun öfter begegnen.“

Mühsam sagte sich Max endlich und bemerzte seine Verwirrung. „Auch ich freue mich, Ihnen wieder gegenüber treten zu können, gnädige Frau“, sagte er. „Ich habe oft in diesen langen, furchtbaren Jahren gewünscht, wieder ein Lebenszeichen von Ihnen zu erhalten. Um so größer ist meine freudige Überraschung heute.“

Der Geheimrat, der zuerst auch verwundert war, nahm jetzt das Wort: „Die Herrschaften kennen sich also? Um so besser! Ich hoffe, Herr von Brandhaus, wir werden Sie jetzt öfter in meinem Hause sehen, denn es ist still und einsam bei mir geworden.“

Max drängte es fort. „Nun ist heute auf ihn eingeklinkt. Er schloß vor, er werde zu Hause von seinem Vater erwartet, um ihm die vorliegenden neuen Nachrichten mitzuteilen.“

„So wollen wir Sie denn heute nicht länger aufhalten“, sagte der Geheimrat. „Und da Sie leider meiner Bitte nicht entsprechen wollen, so wollen wir hoffen, daß sich morgen alles zum besten wenden möge.“

„Also auf baldiges Wiedersehen, Herr von Brandhaus“, sagte die junge Frau. Er küßte ihre schlanken Finger und sie schloß, wie heiß seine Lippen brannten. „Ihr seid alt Bekannte?“ fragte der Geheimrat, als Max gegangen war. „Schade, daß ich das nicht früher wußte. Er ist so etwas wie ein stiller Idealist, aber das macht nichts. Heute stellt er bei seiner großen Popularität in den Arbeiterkreisen eine Macht dar. Schade nur, daß er es ablehnt, diese gegen die drohende Revolution auszunutzen.“

In Ernestines Augen zeigte sich ein schimmernder Glanz. Wachten die Eindrücke der Erinnerung jetzt stärker in ihr auf?

„Er ist ein durch und durch edler Charakter“, sagte sie, „und opferwillig bis zum äußersten. Kann er mit seiner Person nützen, so wird er sich nicht zurückhalten, wenn es darauf ankommt. Aber sich vorzubringen liegt ihm fern.“

„Es kommt schon jetzt darauf an“, brummte der Geheimrat. „Du mußt mich für eine Stunde entschuldigen, Ernestine, ich habe mit meinen Freunden noch Rücksprache zu nehmen. Wenn ich wieder zurück bin, bitte ich, mir zu erzählen, wie du mit Herrn von Brandhaus bekannt geworden bist.“

Er machte sich eilig auf den Weg zur Stadt, und Ernestine blühte ihm lange, in Gedanken versunken, nach. War es Zufall oder Schicksal, daß er, gerade er ihren Weg von neuem kreuzte?

Als Max von Brandhaus im Schloßchen Notendruck seiner Mutter gegenüberstand, war das erste Wort, das er an sie richtete, die Frage: „Mama, warum hast du mir nie etwas davon erzählt, daß in der Villa des Geheimrats Wendau jetzt eine junge Dame anwesend ist, die er seine Tochter nennt?“

Frau von Brandhaus war verwundert. „Aber Max, du hast niemals irgend welche Teilnahme für das Haus Wendau gezeigt, bist vielmehr allen Ge- sprächen darüber aus dem Wege gegangen. Da war es für mich doch selbstverständlich, daß ich davon schwieg.“

Er streichelte die Wangen seiner Mutter. „Verzeihe, Mama, daß ich mit solcher pulstender Frage auf dich eindrang. Aber ich erkannte in der jungen Dame eine Verwandte der Frau Major Hölweg wieder, bei der ich vor dem Kriege zuletzt in der Universitätsstadt wohnte. Wie kommt sie in das Haus des Geheimrats? Ein Geheimnis gibt es ja hier in Karlsburg nicht.“

Frau von Brandhaus lächelte. „Nun, das ist doch wohl sehr einfach. Da sie sich Frau Ernestine Wendau nennt, so ist sie jedenfalls die Witwe des im Felde gefallenen einzigen Sohnes des Geheimrats.“

„Ja, ja“, erwiderte Max hastig, „ich meinte auch, weißt du nicht, wann die Hochzeit des jungen Wendau stattgefunden hat?“

„Das kann ich dir nicht sagen“, versetzte die Mutter. „Die junge Dame ist mir nicht bekannt, sie lebt überhaupt sehr zurückgezogen. Hier in Karlsburg ist die Hochzeit nicht gefeiert worden. Aber was gibt es Neues, Max? Papa hat schon mehrere Male gefragt, ob du noch nicht aus der Stadt zurück bist.“

„Leider nichts Gutes, Mama“, antwortete er und erzählte, was ihm der Geheimrat mitgeteilt hatte.

„Was, Revolution hier in Karlsburg?“ rief Frau von Brandhaus entsetzt aus. „Ich glaube gar, die Welt geht aus den Fugen. Es ist nur gut, daß du dich von diesen Angelegenheiten ferngehalten hast. Es geht doch auf Leben und Tod. Bleibe auch weiter allem Trübsal fern. Ich bitte dich dringend. Ich hätte keine ruhige Stunde mehr, wenn ich dich in Gefahr wüßte.“

„Sei ohne Sorge, Mama“, tröstete er. „Du Din- gen, die mir fern liegen, werde ich mich ganz gewiß nicht hinreichend lassen, das habe ich schon dem Geheimrat Wendau gesagt. Bedarf die Öffentlichkeit wirklich mei- ner? Kann ich dem Allgemeinwohl nützen, so werde ich mich ihm nur nicht entziehen. Du darfst aber auf- zeichnen, daß ich immer an dich und den Papa denken

werde.“ Es schien nicht, als ob die Mutter durch seine Zusicherung völlig beruhigt wäre.

Wurden in der Nacht wurde der alte Diener im Notendruck herausgeschleppt. Ein Unteroffizier aus dem Lazarett in der Stadt verlangte sofort den Herr Dr. von Brandhaus zu sprechen.

„Ich weiß, daß der alte Herr krank ist“, sagte der Soldat. „Ich habe ich an Ihr Fenster geschlo- gen. Der Herr Doktor hat mir schon Bescheid gesagt. Aber jetzt tut mir leid, laufen Sie, und wenn es im Hemde ist, der Herr Doktor wird es Ihnen nicht übel nehmen. Es ist allerhöchste Eile.“

Beim Minuten später erschien Max von Brandhaus bereits fertig zum Ausgehen angekleidet. Der Unter- offizier salutete.

„Es ist soweit, Herr Doktor. In aller Morgen- frühe soll es losgehen. Es sind Abgesandte vom So- zialrats-Komitee da, es soll ein Arbeiter- und So- zialrats-Komitee werden. Und in den Soldatenrat müssen Sie mit hinein, Herr Doktor, sonst geht alles brunter und drüber.“

„Leute, überlegt es Euch, denkt an die Folgen. Ihr habt doch über nichts zu klagen, denkt an Euren Leib.“

Die Stimme des Unteroffiziers war etwas unsicher, als er antwortete: „Die welche gekommen sind, soll der Kaiser hätte abgedankt. Und der Herzog hier soll noch heute abdanken. Die Regierung soll fort. Es ist schon alles verabredet.“

„Leute, seid Ihr denn alle toll geworden?“ „Was wollen wir denn allein machen, Herr Doktor, wenn der Kaiser nicht mehr da ist und überall in Deutschland die Republik ausgerufen werden soll? Wir bleiben ehrliebe Soldaten und wollen darauf halten, daß alles in Ordnung abgeht. Da ist ein Trupp Re- gimente, die wollen zusehen, daß sie sich bei dieser Gelegenheit die Taschen füllen können. Darum müssen wir einen Soldatenrat bilden, und Sie, Herr Doktor, müssen uns sagen, was wir tun sollen. Sonst geht alles schief.“

Max überlegte nur eine Minute. Wenn ein General das Vergnügen zu verheißt. Und hier meinte er keine atschlägliche Antwort geben zu dürfen, wie er sie am Abend dem Geheimrat Wendau erteilt hatte. Dann also vorwärts in Gottes Namen!

„Sagen Sie meiner Mutter, ich sei in das Lazarett- schloß gekommen, und würde sobald wie möglich zurück- kommen“, informierte er den Diener. Und dann eilte er mit dem Unteroffizier in aller Eile die Anstöße hinab der Stadt zu.

Es war also wahr geworden, was Wendau ihm gesagt hatte. Vielleicht hätte sich doch der Lauf des Schicksals noch wenden lassen, wenn gestern Abend ein energisches Eingreifen erfolgt wäre. Aber hier in dem kleinen, weitentlegenen Karlsburg wurde jedenfalls nicht

Verfähr

Schon be- den Verfahr- n darauf hingew- eine Befreiung bedeutet. Die- ihrem 8 in ein- fürn- lende. Wollereien 100 Liter Wi- nehmungen, na- steiern, wenn i- einbarungen ei- Schlusse dieses zentralbehörde- ren, Gemeindene- kann, die blä- sieten geleitet- ten auch auf- werden können- haben. Wir h- Bundeszentral- der noch beib- ermöglicht, sofo- brechend der Weichs-Landbau- Weichs-Enähr- Diese Bedenke- mien. Dazu schärfung lech- ordnung betr- Verfahr mit W- (S. 958) 3 folgende Be- (S. 958) 3 folgende Be-

Metallar

Deutschland- ren wirtschaftli- Bremen und v- in großer Er- Wie die einer Metallar- Abstimmlung- bekanntgegeben- den Streik, 46- beschloffen, sofo- An dem A- arbeiter be- wehren ist ruh- Arbeitgeber in- nicht erfüllten, der übrigen in- den Städten in- in verschiede- der Metallindu- strie nur um- am einen p-

Die Arbeit

teil mit En- der Berlin-Bir- in Burg bei- die Ausforder- te, ist die- der Betrieb- Alena hat d- wegen der wil- ganze Beleg- schäfte brach-

Die Zukunft

Die Zukunft- sich nur daru- auseinander- Brand entzün- „H. Herr- per aus seinen- Brandal schon- Das soll da- Die haben- der Retrolve- Es schen- Das sollen wir- wir nicht lieber- werden sollte- „H. Herr- Sie räum- Eilen trat un- von wüsten E- Gefängnis ent- und Schloß- und hatten ein- öffnen müssen- Die über- Die Gefangen- war alles für- Schnell en- der Unteroffi- „H. Herr- Brandhaus, i- rid. Morgen- den. Wer sich- nieder. Maria- der richtige i- Brandhaus au-

Verschärfung der Zwangswirtschaft für Milch.

Schon beim Erscheinen der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 30. April 1921 wurde darauf hingewiesen, daß diese Verordnung keineswegs eine Verschärfung der Zwangswirtschaft für Milch bedeutet. Die Verordnung enthält ja vielmehr in ihrem § 5 immer noch allerlei, teilweise erheblich einschränkende Bestimmungen. Danach sind z. B. Molkereien und Betriebe, in denen täglich mehr als 100 Liter Milch im Durchschnitt gewonnen werden, nach ihrem bisherigen Empfangsorte zu versenden, nach ihnen nicht auf Grund besonderer Verfügungen, wenn ihnen nicht auf Grund besonderer Verfügungen ein anderer Lieferort gestattet wird. Am Schlusse dieses § 5 heißt es dann, daß die Landeszentralbehörden diese Vorschriften auf Genossenschaften, Gemeinden und Personenvereinigungen ausdehnen können, die bisher gesammelte Milch nach Bedarfsgemeinden, die bisher gesammelte Milch nach Bedarfsgemeinden geleitet haben und daß weiterhin die Vorschriften auch auf die fuhhaltenden Betriebe ausgedehnt werden können, die an diese Sammelstellen geliefert haben. Wir haben gegen diese Bestimmung, die den Landeszentralbehörden eine willkürliche Ausdehnung der Zwangswirtschaft für Milch ermöglicht, sofort entschieden Stellung genommen, entsprechend der Stellungnahme, die der Vertreter des Reichs-Landbundes in den Vorverhandlungen im Reichs-Landbundes-Ministerium eingenommen hatte. Diese Bedenken haben sich als durchaus berechtigt erwiesen. Dazu kommt aber nun neuerdings eine Verschärfung der Zwangswirtschaft für Milch, die eine Verschärfung betr. Abänderung der Verordnung über den Verkehr mit Milch vom 22. Juli 1921 (Reichsgesetzblatt S. 958) wird bestimmt, daß der letzte Satz des § 5 folgende Fassung erhält:

„Die Landeszentralbehörden können die Vorschriften auch auf die fuhhaltenden Betriebe ausdehnen, welche an Sammelstellen jeder Art und sonstige Betriebe Milch für den Frischmilchverkehr geliefert haben.“

Somit kann also jeder Landwirt, der seinerzeit irgendwohin Frischmilch geliefert hat, gezwungen werden, diese Lieferungen nach der alten Stelle bzw. nach dem Wunsche des Kommunalverbandes fortzusetzen!

Damit erneuert sich der alte Streit, den man letzten Endes auf die Formel bringen kann: Erlassen oder erzwingen? Die Landwirte werden befürchten, daß der Rückfall in die Zwangswirtschaft sich dem Wiedereinbau der Milchwirtschaft in den Weg stellt. Aber auch in Verbraucherkreisen werden sich die Stimmen mehren, daß der Vorteil des Verbraucher gleichfalls die Erhöhung der Erzeugung voranzustellen hat.

Lohnkämpfe.

Metallarbeiterstreik in Mitteldeutschland. Deutschland befindet sich wieder mitten in schmerzhaften wirtschaftlichen Kämpfen, die allüberall in Halle, Bremen und vielen anderen Orten bereits die Schattenseiten großer Ereignisse vorausdeuten.

Wie die „Halle'sche Zeitung“ meldet, wurde in einer Metallarbeiterversammlung das Ergebnis der Abstimmung in den Betrieben der Metallindustrie bekanntgegeben. 5367 Metallarbeiter haben sich für den Streik, 463 dagegen ausgesprochen. Es wurde beschlossen, sofort in den Ausstand zu treten.

An dem Metallarbeiterstreik sind 9000 Metallarbeiter beteiligt. Die Stimmung unter den Arbeitern ist ruhig. Die Streikleitung erklärt, wenn die Arbeitgeber in den nächsten Tagen die Forderungen nicht erfüllen, so würde man die Solidarität der übrigen Arbeitererschaft anrufen. Auch in den Städten Merseburg und Weißenfels sowie in verschiedenen kleineren Orten wurde der Streik in der Metallindustrie beschlossen. Bekannt wurde, daß es sich nur um einen wirtschaftlichen und nicht um einen politischen Streik handelt.

Massenentlassungen.

Die Arbeitgeber begegnen der Lohnbewegung zum Teil mit Entlassungen der Streikenden. So erklärt die Berlin-Burger Eisenwerk A. G.: Da in einer Fabrik in Burg bei Magdeburg die streikende Belegschaft die Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit ablehnte, ist die gesamte Arbeitererschaft zu entlassen und der Betrieb zu schließen. — Auch in Magdeburg bei Alena hat die Verwaltung des Königsberges, das wegen der wilden Streiks stillgelegt worden war, die ganze Belegschaft freigesetzt. Die Technische Hochschule brachte das Werk wieder in Gang.

Die Zukunft Deutschlands entscheidet. Hier handelt es sich nur darum, zu verhindern, daß die nach allen Seiten auseinander fliehenden Kräfte der Revolution einen Brand entzündeten.

„Herr Doktor“, wachte ihn da der Unteroffizier aus seinem Nachdenken. „Da unten rechts ist der Revolver schon im Gange. Da rechts beim Gefängnis. Was soll da werden?“

„Sie haben Recht. Wir müssen hin. Ich habe zwei Revolver eingesteckt, hier nehmen Sie den einen.“ „Es scheint ein ganzer Haufen zu sein. Herr Doktor. Was sollen wir zwei Mann dagegen ausrichten? Wollen wir nicht lieber die Schloßwache holen oder die Polizei?“

„Das können wir immer noch, wenn es nötig werden sollte. Aber jetzt dürfen wir keine Zeit mehr verlieren, wer weiß, was sonst geschieht. Also Lauf!“

Die rannten beide, daß ihnen der Schweiß auf die Stirn trat und kamen doch schon zu spät. Ein Haufe von wütenden Kerlen hatte den Gefängnisturm vor dem Gefängnis entzündet und eingesperrt. Die Wachen und Schützer waren gegenüber der Uebermacht wehrlos und hatten eine Anzahl von Gefangenen bereits öffnen müssen, als Max von Brandhaus und der Unteroffizier ankamen.

Die Überwachten mit einem Blick die Sachlage. Sie sahen den Turm brennen und von dem Gefängnis war alles für die ahnungslose Stadt zu befechten. Schnell entschlossen hob Max seinen Revolver, und der Unteroffizier folgte seinem Beispiel.

„Halt, keinen Schritt weiter“, donnerte Max von Brandhaus, „jeder Gefangene geht in seine Zelle zu den. Morgen früh wird eine Untersuchung stattfinden. Wer sich weigert, zu gehorchen, den schieße ich her. Mach's, zurück in die Zelle!“ Und der Revolver richtete sich gegen den Kopf des Straflings, der Brandhaus am nächsten stand.

Volkswirtschaft.

Ein neuer Messpalast in Leipzig. In Leipzig, der größten deutschen Messstadt, wird ein neuer messpalast um den Hauptbahnhof gebaut. Man hofft, ihn schon zur Herbstmesse 1922 zu eröffnen. In 6 Geschossen bietet das Gebäude gegen 6000 Quadratmeter Ausstellungsraum. Das Baukapital beträgt 12 Millionen Mark. 6 Millionen sind als Hypothekensapital gesichert. Die anderen 6 Millionen werden in Form von Aktien aufgebracht. Ein großer Teil der Aktien ist bereits gezeichnet, und zwar durch Aussteller selbst.

Deutschlands Anteil an russischen Aufträgen. Neben die Aufträge, die Deutschland von Sowjetrußland erhalten hat, machte der Vorsitzende der russischen Eisenbahnkommission im Ausland folgende Angaben: Es seien in Deutschland bei 57 Firmen 1700 Lokomotiven und große Mengen verschiedener Eisenbahnmateriale bestellt; noch größere Aufträge habe Schweden erhalten, wo 67 Firmen an der Ausführung beteiligt seien; Bestellungen seien auch an die Tschechoslowakei, Dänemark und England ergangen, so z. B. an die Firma Armstrong allein auf die Lieferung von 1500 Lokomotiven. Das Eintreffen der ersten 9 Lokomotiven wird Anfang September erwartet, vom Oktober ab wird die Lieferung größerer Posten, circa 200 Lokomotiven monatlich vor sich gehen.

Schlechte Aussichten für die Fleischversorgung. Der Rheinische Bauernverein in Köln berichtet jetzt über den Stand der Viehhaltung, die bisher in einem erfreulichen Aufschwung begriffen war. Durch die außergewöhnliche Dürre und Trockenheit sei eine tiefe Unterbrechung eingetreten. Am schlimmsten ist die Futterernte betroffen. Die Viehbestände sind gesunken, das Vieh in großem Umfang abgemagert. Für die Milch- und Fleischversorgung bestehen für den kommenden Winter sehr schlechte Aussichten. Es müßte als dringende Aufgabe der Viehhaltungseigenen bezeichnet werden, mit allen Mitteln eine großzügige Futtermittelherstellung in die Wege zu leiten.

Der Stand der Mark. Am 20. 8. wurden wegen des Börsenrückganges keine Devisen amtlich notiert. Private Notierungen ergaben folgende Preise:

	20. 8.	19. 8.	1914
100 holländische Gulden	2650	2614	167,-
100 belgische Franken	—	639	80,-
100 dänische Kronen	—	1378	112,-
100 schwedische Kronen	—	1798	112,-
100 italienische Lire	304	303	80,-
1 englische Pfund	312	308	20,-
1 Dollar	85	84	4,20
100 französische Franken	658	654	80,-
100 spanische Peseten	—	101	—

Der Ringkampf noch unentschieden.

Lloyd George hat in seinem Parlament gesprochen; Briand hat ihm geantwortet in einer Umfrage an die Vertreter der Pariser Presse. Aus diesem Wortwechsel ergibt sich, daß jeder von den beiden Ministerpräsidenten auf seinem Standpunkt beharrt. Von einer Annäherung oder einem Ausgleich ist noch nichts zu merken. Im Gegenteil: Die Gegensätze in den Stimmungen und Interessen der beiden Mächte treten noch klarer und schärfer als sonst hervor.

Lloyd George hat den Franzosen bittere Wahrheiten gesagt; doch Briand hat demgegenüber einen Gummimantel an. Er schüttelt alles ab mit den Klüngeleien der französischen Diplomatie. Lloyd George sagt, Frankreich dürfe sich in der oberflächlichen Frage nicht auf seine „Sicherheit“ berufen, da diese nach dem Versailles Vertrag durch die Entlassungsvorschriften geregelt werden solle und in den Bestimmungen über Oberbefehl nicht erwähnt sei. Dagegen läßt sich nichts stichhaltiges einwenden; doch Herr Briand weiß sich zu helfen. Obgleich Frankreich wiederholt die Sicherheit vorgeschoben hat, versichert er jetzt: „Es ist ein großer Irrtum, wenn Lloyd George unsere Haltung einzig und allein unserer Sorge um unsere Sicherheit zuschreibt; wir sind genau so gut wie er oder eifrige Anhänger des Gedankens der Gerechtigkeit und der Durchführung des Friedensvertrages.“ Damit geht dann Briand über zu einer Auslegung des Friedensvertrages wie ein rabulistischer Anwalt und zu einem Spiel mit den Tellergebnissen der Volksabstimmung nach Art eines fingerfertigen Zauberkünstlers. Daß Deutschland in der gesamten Abstimmung fast zwei Drittel der Stimmen erreicht hat, wird beiseite geschoben. Trotz der vielen wirtschaftlichen Lebensbedenken, die den Industrieverbund zu einem einheitlichen Körper machen, schämt sich Briand für dessen Teilbarkeit, damit er nicht etwa an Deutschland falle. Wenn nun aber der Kreis Rhinisch in Frage kommt, wo die Polen eine kleine Mehrheit erlangt haben, dann hebt Briand recht bereit die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Rhinisch und Königslande hervor, damit die Polen außer Rhinisch auch noch ein Stück von dem eigentlichen Industriegebiet beanspruchen sollen. Eine eigentümliche Art von Logik, die nur das sehen und gelten lassen will, was in den politischen Kram paßt, und doch sich mit dem Mantel der Gerechtigkeit bedeckt.

Also haften die französischen Machthaber noch immer an ihrem Plane fest, den besten Teil von Oberschlesien ihren polnischen Trabanten (und mittelbar den lauernden französischen Kapitalisten) auszuheben. Darin lassen sie sich auch durch die Verweisung an den Völkerbundrat nicht fähren. Herr Briand bemerkt, der Völkerbundrat soll die Meinungsverschiedenheiten „beilegen“. Das ist ein vorsichtig gewählter Ausdruck. Von einer Entscheidung durch diese Instanz spricht er nicht. Frankreich hätte sich nach wie vor, den Beschluß des Völkerbundesrates für bindend zu erklären. Er wird höchstens als „Gutachten“ zu den Akten genommen werden. Frankreich kann zunächst seinen Einfluß geltend machen, um einen unerwünschten Beschluß des Völkerbundes zu verhindern, und wenn das nicht gelingen sollte, so kann es bei der nachfolgenden Tagung des Obersten Rates dasselbe diplomatische Spiel wieder aufnehmen, das jetzt in Paris unterbrochen worden ist.

Frankreich bleibt also in Kampfstellung. Das Ringen wird fortgesetzt, und dabei steht mehr auf dem Spiele, als die Grenzlinie in Oberschlesien. Wenn England unterliegen sollte, so würde damit den Franzosen freie Bahn gegeben werden für die Zerschlagung und Vernichtung Deutschlands, ja für die gewalttätige Vorherrschaft auf dem ganzen europäischen Festland.

Frankreich bleibt in Kampfstellung, und Deutschland muß nach Lage der Dinge in der geduldrigen Stellung des Abwartens verharren. „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht“, d. h. die andauernde Selbstbeherrschung, die mit zusammengekauften Zähnen alles vermeidet, was von den lauernden Gegnern und Quertreibern ausgenutzt werden könnte.

Aus Stadt, Kreis und Provinz.

Steinheim, 23. August.

Gesangwettbewerb. Am vorigen Sonntag feierte der Evangelische Männer-Gesangverein Steinheim sein 30jähriges Stiftungsfest, mit welchem ein Preisfest verbunden war. Das Preisrichter-Kollegium, welches der festgebende Verein gewonnen hatte, bestand ausschließlich aus Fach-Autoritäten, die seit einer Reihe von Jahren mit größtem Erfolge im Preisrichteramt tätig sind; es waren die Herren: Franz Wildt, Komponist und Musikschritsteller, Dortmund; Walter Lange, Chormeister und Komponist, Lüneburg; Karl Viktor, Musikdirektor, Barmen. — In der ersten Klasse sangen 7 Gesangsvereine. Von diesen erhielten den 1. Preis der Männergesangsverein „Vestfalia“ Hörner mit 219 Punkten; den 2. Preis Gesangsverein „Eintracht“ Lemgo mit 217 Punkten; den 3. Preis „Harmonie“-Blomberg mit 210 Punkten; den 4. Preis „Glocke“-Horn mit 203 Punkten. — In der 2. Kl. errangen den 1. Preis „Männerchor“-Driburg mit 231 Punkten; den 2. Preis „Harmonie“-Steinheim mit 215 Punkten; den 3. Preis „Viertels“-Vad Meinberg mit 205 Punkten; den 4. Preis „Harmonie“-Lügde mit 204 Punkten und den 5. Preis Männergesangsverein Brakel mit 202 Punkten. Bei dem am Nachmittag stattgefundenen Ehrenpreisfesten, an dem sämtliche Vereine der 1. und 2. Klasse teilnahmen, erhielt den von der Stadt Steinheim gestifteten Ehrenpreis, eine Fahnenfahle, der Driburger Männerchor mit 119 Punkten.

Ein Meteor. von seltener Schönheit zeigte sich am Mittwochabend zwischen 8.35 und 8.40 Uhr in etwa 45 Gr. Höhe über dem Horizont. Er zog von Südwesten nach Südosten in geringer Krümmung ruhig und majestätisch in starker Lichtkraft über den noch ziemlich hellen Abendhimmel. Der Kern des Meteors strahlte in weiß-grünlichem Lichte in der Größe eines Apfels. Er zog hinter sich einen meterlangen Schwanz von roten Funken nach Art eines Schwärmers. Da nicht anzunehmen ist, daß das Meteor zu dem Laurentius-Eternschnuppenstern, den man im August häufiger beobachten kann, gehört, muß es sich um eine besondere Himmels-Erscheinung handeln.

Fahnenhaus. 20. August. Einen guten Schußengel hatte ein Dackel, der heute mit dem Reparieren der hiesigen Kirchendächer beschäftigt war. Der Strich an welchem der Dackel beschäftigt war, riß und der Mann stürzte vom Dache herunter auf den Kirchplatz. Der schnell herbeigekommene Arzt Dr. Schönmann konnte konstatieren, daß der Verunglückte, von einer ungünstigen Verletzung abgesehen, ohne schwere Verletzung davongekommen war. Der Fall war abgeschwächt worden durch die Zweige eines Lindenbaumes. Aber immerhin bleibt der so häufig verlaufene Unglücksfall recht wunderbar. Sollte das nicht unserer Gnadenmutter zu verdanken sein?

Notales.

Auf 20 Arbeitnehmer ein Schwerbeschädigter. Nach der Verordnung vom 21. Juli 1921, betreffend die Beschäftigung Schwerbeschädigter in privaten Betrieben ab 1. August, haben private Arbeitgeber auf 20 bis einschließlich 50 insgesamt vorhandene Arbeitnehmer ohne Unterschied des Geschlechts mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Arbeitgeber, die mehr Arbeitnehmer beschäftigen, haben auf je 50 weitere Arbeitnehmer mindestens einen weiteren Schwerbeschädigten zu beschäftigen; ein Ueberschuß von 20 wird dabei vollen 50 gleichgerechnet. Bei der Berechnung dieser Zahlen werden mehrere Betriebe, Bureaus und Verwaltungen desselben Arbeitgebers insoweit zusammengefaßt, als sie sich im Bezirk der gleichen Hauptfürsorgestelle oder in den Bezirken unmittelbar aneinandergrenzender Hauptfürsorgestellen befinden. Die hiernach erforderlichen Neueinstellungen sind bis zum 1. Januar 1922 durchzuführen.

Arbeitszeit und Sonntagsruhe im Fleischerhandwerk. Der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands hat Klage darüber geführt, daß die Bestimmungen der Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November/17. Dezember 1918 sowie die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe in den Fleischerbetrieben vielfach nicht beachtet würden. Der Preussische Minister für Handel und Gewerbe hat daher die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, den Frage der Arbeitszeit in den genannten Betrieben ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und bei festgestellten Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen nachdrücklich für Abhilfe zu sorgen.

Neue Briefmarkenhefte. Die Reichspost macht darauf aufmerksam, daß die Kreismarkenhefte wieder an den Postältern zum Kennwert ihres Markeninhaltes, also ohne Aufschlag, zum Verkauf bereitgehalten werden. Der Preis der Hefchen beträgt jetzt 8 Mark, bei der bevorstehenden neuen Auflage wegen der darin enthaltenen Marken nach dem jetzigen Gebührensatz 12 Mark. Sie enthalten die für den privaten Briefverkehr erforderlichen gangbaren Markenforten in angemessener Zahl.

Obstverkauf!

Das Obst an den städtischen Straßen soll am Mittwoch, den 24. und Donnerstag, den 25. d. M. öffentlich meistbietend verkauft werden.

Der Verkauf des Obstes beginnt am Mittwoch, vormittags um 8 Uhr an der Wöbeler Chauffee.

Das Obst wird nur an Einwohner der Stadt Steinheim und zwar für den eigenen Gebrauch abgegeben.

Steinheim, den 22. August 1921.

Der Magistrat:

J. B. Reineke.

Landwirtschaftlicher Ortsverein.

Alle Mitglieder des Ortsvereins werden auf Donnerstag, den 25. August zwecks Uebernahme der Abfuhr von Basaltsteinen Abends 8 Uhr, in der Gastwirtschaft J. Schriegel eingeladen. Der Vorsitzende: Adolph Große.

Staubfreies Fußbodenöl

Anton Nölker, Steinheim.

Bad Pyrmont.

Grosses Reit- und Fahr-Turnier

27., 28. und 29. August 1921

über 100 000 Mark Preise
Totalisatorbetrieb.

Bekanntmachung!

Es ist wiederholt klage darüber geführt worden, daß kaum der Schule entlassene Mädchen und Knaben schon an Tanzlustbarkeiten teilnehmen. Das darf unter keinen Umständen weiter geduldet werden.

Nach der Regierungs-Polizei-Berordnung vom 9. März 1907 dürfen jugendliche Personen und zwar männliche bis zum vollendeten 17., weibliche bis zum 16. Lebensjahre an Tanzlustbarkeiten nicht teilnehmen, auch in den zum Aufenthalt für die Teilnehmer an solchen Lustbarkeiten bestimmten Räumen nicht verweilen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. bestraft. Straßbar machen sich nicht nur die jugendlichen Personen, sondern auch die Veranstalter der Lustbarkeit und auch der Wirt.

Steinheim, den 19. August 1921.

Der Bürgermeister. J. B.: Reineke.

Nagut

Geflügelstutter in Friedensqualität zur Erzielung unglaublich vieler Eier, auch ohne freien Auslauf und im Winter, sowie

Reform-Hundekuchen

der auch von den verwöhnten Hunden gefressen wird empfiehlt: Wilhelm Ludolph, Rosental.

Toiletten-Seifen

in großer Auswahl.

Griffier- u. Staubbäume, feinstes Haaröl
Zahnbürsten, Zahnpasta, Hautcreme
empfiehlt: Frau J. Eisenstein, Steinheim.

Zwecks rechtzeitiger Lieferung
bitte ich

Umpresshüte

mit jetzt schon zusehender zu wollen.

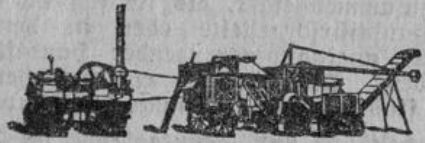
S. Emmerich Ww., Steinheim

Spezial-Putzgeschäft

F. Ottomeyer, Maschinensabrik
Steinheim i. Westf.

Gegr. 1862

Gegr. 1862



Vertretung der Firma Dr. Lang, Mannheim
Ständiges Lager in neuen u. gebrauchten
Lokomotiven, Dampfmotoren, Motor-
drehmaschinen und Strohpressen

Landwirtschaftliche Maschinen aller Art:

Mäh- und Drillmaschinen, Düngestreuer,
Gabel, Häcksel, Kartoffelerntemaschinen.

Reparaturwerkstatt für Dampfmotoren, Lokomotiven etc.

Reichhaltiges Reserveteillager.

Elektro-Motoren

Reparatur-Werk.

Neu- und Umwickelungen
von Motoren aller Art
auf jede Spannung.

Neue Motoren aller Systeme.

W. Noll, Maschinenfabrik
Minden i. Westf.

Elektrotechnische Abteilung
Stiftstrasse 62. Telefon 87.

Gabe einen größeren Posten Wagen verschiedener Größe abzugeben.

Darunter:

2 neue, leichte Aderwagen
1 Viehtransportwagen

Reparaturen an Pflügen etc. etc.

Josef Bunte, Schmiedemeister

Steinheim i. Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme bei dem Hinscheiden meiner
lieben Frau und unserer guten Mutter
sagen wir hierdurch unseren

Herzlichsten Dank!

Ebenso Dank dem kath. Mütterverein
und allen, die der lieben Verstorbenen
das Geleite zur letzten Ruhestätte gaben.
Steinheim, im August 1921.

Familie Wilhelm Döhre.

Todes-Anzeige!



Dem lieben Gott hat es in seinem
unerforschlichen Ratschlusse gefallen, am
Sonntag abend gegen 10 Uhr unseren
lieben guten Sohn und Bruder, den

Rektoratschüler

Konrad Simonowski

im Alter von 13 Jahren, nach kurzem,
schweren Leiden und einem tugendhaften
Lebenswandel, zu sich in sein himmlisches
Reich aufzunehmen.

Um ein Gebet für den lb. Verstorbenen
bittet in tiefstem Schmerz:

Familie Karl Simonowski.

Steinheim, den 22. August 1921.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3
Uhr statt, das feierliche Seelenamt am Mittwoch
morgen 7.15 Uhr.

Wann zu empfehlen ist Zucker's
Patent-Medizinale-Seife gegen un-
reine Haut, Milcheier.

Pisul
Anfichten, Büffeln u. Sp. -
glut-Dr. B. - D. Zucker-
Creme (nicht fettend u. fettig).
In allen Apotheken, Drogerien, Par-
fümerie- u. Feinwaarenhandlungen erhältlich.

Beiten! Betten!

Echt türkisch roten Maßbarchend

Daunen- und

Zwirncöper

Silberweiße

Gänsefedern und

Halbdaunen

alles in bester Ware bei:

W. M. POTT.

Viele Dank- und Anerkennungen

+

Hilfe!!

+

bringen

jeder Frau

bei

Unterleibsstörungen

meine überraschend wirkenden

Specialmittel

„Frauenlob“

Erfolg unbedingt in 1-2

Tagen

Keine nutzlose Anpreisung

Garantiert unschädlich!

+

J. Kruse

Krankenbehandler 337

Hamburg, Pelzerstr. 15-17.

Ältere, ordentlich s

Mädchen

für alle Hausarbeiten zum 1.

Oktober gesucht.

Frau August Böding.

Wir suchen für sofort einen

tüchtigen, zuverlässigen

Arbeiter

Genossenschaft

Steinheim.

.....

Sunde

werden blühend mit

Dr. B. u. L. b. s. med. h. f. s. c.

Gundelisse. Bester Schutz vor

Kälte. Zu haben bei:

Germ. Eichler, Markt-Drog.

.....

Ata

Henkel's

Scheuerpulver

.....

Ata

Henkel's

Scheuerpulver

.....

Ata

Henkel's

Scheuerpulver

.....

Ata

Henkel's

Scheuerpulver

.....

Die Befragungskosten.

Der Verlauf der Pariser Konferenz des
fien Rates hat ergeben, daß man sich nach
auch im Verbandslager sagt, daß es mit der Befragung
Höhe der von Deutschland zu zahlenden Befragung-
kosten nicht so weitergehen kann. Man scheint all-
lich einzusehen, daß man dem Deutschen Reich
den ungeheuren Entschädigungssummen nicht auch
Befragungskosten auferlegen kann, die über jedes
tragliche Maß hinausgehen und von einer sehr
schweren Wirtschaft der militärischen Befragung
zeugen.

Es gibt natürlich zwei Wege, um diese
herabzubringen: Verminderung der Befragung und
absehung der Kosten bei unverminderter Befragung
also sparsamere Wirtschaftsführung. Nach dem
Verlauf der Pariser Verhandlung wird man an
Berminderung der Kopfzahl wohl kaum denken
nen, haben doch gerade die Franzosen in der letzten
Zeit ihre Truppen noch stark vermehrt und
die alliierten Truppen der anderen Jonen
geschoben. Frankreich will am Rhein eine
Kopfzahl aus politischen Gründen haben, so wenig
auch nach der friedlichen Stimmung der Bevölkerung
berechtigt ist.

Vieles aber ließe sich ohne Zweifel erreichen
eine Herabminderung der Kosten durch sparsame
Wirtschaftsführung. Ob nach dem Rheinland gerade
Offiziere und Soldaten mit stärkstem Familienan-
gehangt werden müssen, ist doch sehr die Frage.
einerseits die Wohnungsnot dadurch ins Un-
liche gesteigert, so wird andererseits das Reich durch
zu kostspieligen Wohnungsbauten gezwungen, die
hundert von Millionen verfrachten. Dazu kommen
noch die vielen Kasernen- und Barackenbauten,
Umarbeiten von Schulhäusern, das Wiederherstellen
von Gasthöfen usw., die durch den ewigen
in der Garnisonierung, durch alle die Bedürfnisse
notwendig werden, mit denen die militärischen Be-
den vorzugehen pflegen. Heute werden an einem
hundert von Baracken gebaut, werden Exerzier-
plätze hergerichtet, und morgen braucht man
hier nicht mehr und verlangt sie anderwärts. Das
bas auf, ließe man sich auf Beratungen, auf
Unterhandeln ein, so wäre schon vieles zu
Desgleichen muß man sich doch fragen, ob das
bandsmilitär denn alle diese zahllosen, kaum be-
ten Theater, Klubs, Kinos und was es alles ist, braucht
Es ginge schließlich doch auch anders, weil es
eigenen Lande anders geht. Wozu alle diese
flüssigen Missionen und Verbindungsstellen, wozu
alle diese zahllosen beschlagene Häuser, die
zum kleinen Teil ausgenutzt werden, nur weil man
paar Stillos, ein paar Unterkunftsraum braucht. Es
lege einmal zusammen, und man wird sehen, wie
sich sparen läßt. Wenn man planlos wie bisher
aus dem Vollen darauf los beschlagene, wird
allzu viel zu sparen sein. Wozu sind alle die
losen Kraftwagen, die Rheinfloß und Rheins
notwendig, die arbeitslos am Ufer herumliegen? An
hier könnte gespart werden, und gespart werden
vor allem, wenn das Militär in der
zung des Landes, in dem es ist, und nicht in
hochwertigen Saluta des Herkunftslandes
würde. Das führt dann naturgemäß zu der
Schwendungssucht, die so vertierend auf das
Reben am Rhein abgefärbt hat. Also, sparen
sich schon, nur muß man gründlich borgehen und
mal mit den deutschen Behörden darüber verhandeln
wie gespart werden kann. Wenn man weiterhin
sche Beamte, die Sparmaßnahmsvorläge machen,
dieses oder jenes nicht glauben durchzuführen zu
nen, vor ein Kriegsgericht stellt und zu Gefängnis
verurteilt, wird man nicht allzu weit kommen
den Sparmaßnahmsplan.

Anfangs dieser Woche werden im Reichsfinanz-
ministerium die ersten Verhandlungen um die Erhöhung
Einkommen und Gehälter mit den Vertretern eines Teiles
Beamten und Gewerkschaften beginnen.

.. Eine neue Abzahlung auf die erste Hälfte
Hier New Yorker Banken, die im Auftrage der
Bank handelten, zahlten im Bankhaus Morgan
5 Millionen Dollar auf das Reparationskonto
Es ist die zweite Zahlung innerhalb zweier Wochen
und dient dazu, um einen der zwanzig Dreimal
wechsel, die Deutschland der Reparationskommission
übergab, einzulösen.

.. Ein deutsch-amerikanisches Handelsabkommen
Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ aus
Washington sollen die deutsch-amerikanischen Verhand-
lungen in Berlin sich nicht auf der Grundlage eines
Sonderfriedens, sondern auf der eines Handels-
trages bewegen. Die Friedensverhandlungen werden
später stattfinden. Das Handelsabkommen werde
eine vorübergehende Maßnahme sein, unter der
Konfusen zeitweilige Vollmachten erhalten. Die
beziehungen zwischen beiden Ländern werden
der aufgenommen werden. Mit der Herstellung
matischer Beziehungen werde man jedoch bis zur
zeichnung des Friedensvertrages warten.

.. Dährenreise des Reichsernährungsministers
Reichsernährungsminister Dr. Hermes hat eine auf
Dauer von einer Woche berechnete Befichtigungstour
nach Ostpreußen angetreten, um an Ort und
die Verhältnisse und Wünsche der abgeordneten
provinz auf dem Gebiete der Landwirtschaft und
nahrung kennen zu lernen. Dazu sind Bespre-
gen vorgesehen mit Vertretern der ostpreussischen
wirtschaftskammern und sonstigen landwirtschaftlichen
Organisationen, mit Vertretern des Handels und
Verbraucher, darunter solchen der Gewerkschaften
Angestellten- und Beamtenverbände, der Konsumvereine
und der Hausfrauenorganisationen; desgleichen
Vertretern des Landarbeiterverbandes.

Bot

Bezugs

9.00 Mark

ersch. wö

für die Sch

Nr. 88.

Vor etw

gruß" eine

nissen der

nau und

von der

lungen, die

als Tag des

in Anstich

Die Par

über die

genau eine

programm

Rabier, sein

die Stellung

denken der

festigkeit. S

ung des

Rehnes h

das Jahr 192

gahler könne

men als Ste

Unmöglichkeit

stalt zu der

Plan des Mi

eine jährliche

aus Deutschla

Die Vere

mit Deutschla

Annahme G

englischen Ma

Die Pariser

das sich die

tern läßt u

die Wiesbaden

Es klei

der Ertrag